



CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 21.062

Aachen, den 25.08.2021

RATSANTRAG

Task Force „Aggressives Betteln und provokantes Verhalten“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Task Force „Aggressives Betteln und provokantes Verhalten“ einzurichten. Daran sind verwaltungsseitig der Fachbereich Sicherheit und Ordnung sowie der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration zu beteiligen. Darüber hinaus sind Vertreter*innen des Polizeipräsidiums Aachen, des Gesundheitsamtes der Städteregion Aachen sowie der Träger der Sucht- und Obdachlosenhilfe beizuladen.

Aufgabe der Task Force „Aggressives Betteln und provokantes Verhalten“ ist es, durch aggressives Betteln und sonstiges, unangemessen provokantes Verhalten hervorgerufene Belästigungen und Gefährdungen zu erfassen, Ursachenforschung zu betreiben und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von aggressivem Betteln und provokantem Verhalten im öffentlichen Raum zu erarbeiten. Dabei sind sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen in Betracht zu ziehen. Im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren tritt die Task Force in einen Dialog mit Bettelnden, Provokateuren und Betroffenen.

Die Task Force „Aggressives Betteln und provokantes Verhalten“ berichtet dem Hauptausschuss regelmäßig über ihre Arbeit.

Begründung

Zahlreiche Bürger*innen empfinden eine besorgniserregende Zunahme von aggressivem Betteln und sonstigem provokanten Verhalten. Dies betrifft sowohl die Zahl derartiger Ereignisse als auch ihre Intensität. Viele Menschen werden dadurch in ihrem Anstands- und Sicherheitsgefühl massiv beeinträchtigt. Darüber hinaus können solche Belästigungen den Ausgangspunkt für weitere Gefährdungen bis hin zu körperlichen Auseinandersetzungen bilden.

Schon jetzt ist der Ordnungs- und Sicherheitsdienst der Stadt Aachen bemüht gegen die genannten Störer*innen vorzugehen. Richtigerweise wenden die Mitarbeitenden vornehmlich repressive Mittel an. Die empfundene Entwicklung legt jedoch nahe, dass dies allein nicht ausreichend ist, um aggressivem Betteln und sonstigem, unangemessen provokanten Verhalten wirksam entgegenzuwirken.

Die beantragte Task Force „aggressives Betteln und provokantes Verhalten“ soll sich der Herausforderung auf Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtungsweise widmen. Neben oftmals repressiv Handelnden Akteuren wie dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung und dem Polizeipräsidium Aachen, sollen auch für die Prävention wichtige Einrichtungen wie der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration und die Träger der Sucht- und Obdachlosenhilfe miteingebunden werden. Da das Verhalten einiger Bettelnder und Provokateure Besorgnis hinsichtlich ihres psychischen Gesundheitszustandes hervorruft, ist eine Beteiligung des Gesundheitsamtes der Städteregion Aachen sinnvoll.

Um der Herausforderung zu begegnen ist zunächst die Lage hinsichtlich aggressiven Bettelns und sonstigen, provokanten Verhaltens zu erfassen. In einem weiteren Schritt sollen mögliche Ursachen dieser Verhaltensweisen untersucht werden. Augenscheinlich kommen Obdachlosigkeit, Sucht- sowie andere psychische Erkrankungen in Frage. Insbesondere bezüglich aggressiven Bettelns sind jedoch auch Formen der bandenmäßigen oder gar organisierten Kriminalität in Betracht zu ziehen.

Auf Basis der so gewonnenen Erkenntnisse ist eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung und Verhinderung von aggressivem Betteln und sonstigem provokantem Verhalten zu entwickeln. Neben repressiven Maßnahmen ist dabei gerade die Prävention im Sinne einer langfristigen Ursachenbekämpfung in den Blick zu nehmen. Um die Erfolgsaussichten weiter zu steigern,

ist es sinnvoll, mit den Störer*innen, aber auch den von ihrem Verhalten Betroffenen in einen Dialog zu treten. Der Begriff der Betroffenen ist in diesem Zusammenhang weit zu verstehen und schließt beispielsweise Einzelhändler*innen, Gastronom*innen und andere Gewerbetreibende, deren Geschäftsabläufe gestört werden, mit ein. Auf diese Weise können gemeinsame, für alle Seiten akzeptable Lösungen entwickelt werden. Die Dialogmöglichkeiten sind gerade bezüglich der Bettelnden und Provokateure selbstverständlich durch den Rahmen der Zumutbarkeit begrenzt.

Um eine angemessene Beteiligung der politischen Entscheidungsträger, aber auch der Öffentlichkeit zu gewährleisten, sollte die Task Force dem Hauptausschuss regelmäßig über ihre Arbeit berichten.



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende